



## San Remo.

Rotterdam, 23. April. Zur Konferenz in San Remo bemerkt die „Times“, kein Staatsmann sei rücksichtslos genug, den Frieden von Versailles zu vernichten oder Frankreich und England einander zu entfremden. Sie erwähnt zum Schluß die eine Seite zum Entgegenkommen u. warnt die andere vor einem isolierten Auftreten. — Die „Westminster Gazette“ schreibt: Wir würden dem französischen Volk keinen Dienst erweisen, wenn wir es in der Ueberzeugung bestärkten, das englische Volk werde unbedingt hinter Millerand und Poch. Im Grunde wollen wir das selbe wie das französische Volk, die Entwaffnung Deutschlands, sodas es keine Bedrohung für seine Nachbarn bildet, die Bezahlung einer ansehnlichen Summe und erträgliche Beziehungen mit Deutschland.

### Die deutsche Heeresvermehrung.

Berlin, 23. April. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die von der deutschen Regierung den Verbandsstaaten überreichte Note über die Dauer der Beibehaltung des 200 000 Mann-Heeres damit begründet, daß 160 000 Mann, die in einzelnen Garnisonen über ganz Deutschland zerstreut werden müssen, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und damit zur Sicherstellung des Wirtschaftslebens, durch die überhaupt erst die Erfüllung des Friedensvertrags möglich sei, nicht hinreichen würden. Durch eine Verschiebung der Bildung des 100 000 Mann starken Heeres auf einen späteren Zeitpunkt leide die Einheitlichkeit und Festigkeit des Heeres auf das schwerste angeht die Ungewißheit der Zukunft seiner Angehörigen. Auch ein 200 000 Mann starkes Heer könne als Landmacht weder zur Verteidigung noch zum Angriff gegen eine ausländische Macht in Betracht kommen, ganz abgesehen davon, daß gerade bei früheren Verwicklungen, harte Streitkräfte im Innern des Reichs zur Aufrechterhaltung der Ordnung u. gefehlsfähigen Verwaltung notwendig seien. Die beantragte Beibehaltung je eines Bataillons schwerer Artillerie für jede der 12 Infanteriedivisionen u. insgesamt 8 Fliegerabteilungen und vier Eisenbahnkompanien sei nötig, weil die Erfahrungen gezeigt hätten, daß die Aufrechterhaltung der Kampfe nach den Erfahrungen des Stellungskrieges durch Anlagen von Feldbefestigungen führten u. daß dieser Ueberlegenheit gegenüber die Regierungstruppen über gleichwertige oder überlegende Kampfmittel verfügen müßten. Diese müßten sofort zur Stelle sein, um gleich beim Beginn des Kampfes die Moral des Gegners zu brechen. Um die von aufrührerischen Elementen aus politischen Gründen und zur Verhinderung von Truppentransporten versuchte Bahnhöfe des Eisenbahnbetriebs zu verhindern sei es unbedingt notwendig, über Eisenbahnkompanien zu verfügen, mit denen der Betrieb für Truppenverschiebungen aufrecht erhalten werden könne und die auch in der Lage seien, Bahnhöfe wieder herzustellen. Kleine Fliegerformationen werden nur vorübergehend bis zu einer Beruhigung der Lage zur Aufrechterhaltung der Verbindungen u. zur Ausführung beantragt.

### Teilnahme eines deutschen Vertreters?

Mailand, 24. April. Der „Popolo d'Italia“ meldet, daß der deutsche Geschäftsträger Herr Kom verlassen habe, um, wie man sagt, an der Konferenz in San Remo teilzunehmen.

### Frankreichs Sieg.

Basel, 24. April. Reuter meldet aus San Remo: Die Konferenz hat beschlossen, daß gegen Deutschland der Boden des Versailler Vertrags nicht verlassen werden soll. Die noch nicht von Deutschland erfüllten Vertragsverpflichtungen sollen in kürzester Frist nachgeholt werden, wenn Deutschland die im Vertrage vorgesehenen Zwangsmaßnahmen vermeiden will.

Basel, 24. April. Eine zweite Reuterdepesche meldet aus San Remo: Das Ersuchen Deutschlands, die Kopfzahl der Reichswehr um 100 000 Mann höher zu setzen, als im Versailler Vertrag vorgesehen ist, wurde von der Konferenz abgelehnt. Man einigte sich, daß die restlose Entwaffnung Deutschlands unter allen Umständen durchgeführt werden müsse.

Paris, 24. April. Lautet ein französischer Antrag betreffs Befehung der neutralen Zone dahin, daß bei nicht vollständiger Abklärung Deutschlands, innerhalb 8 Wochen das Ruhrgebiet zu besetzen sei.

### Zwist zwischen Ritti und Millerand?

Basel, 24. April. Nach Meldungen des „Manchester Guardian“ aus San Remo hat sich die Spannung zwischen Frankreich und Italien weiter verschärft. Eine Vermittlung durch England zwischen Ritti und Millerand sei ohne Erfolg geblieben.

## Die Nebenregierung

H. H. in der „Südd. Zig.“ schreibt:

„Ich erkläre klar und deutlich, daß wir eine Nebenregierung ablehnen. Ich stelle fest, daß die Gewerkschaften nie den Versuch gemacht haben, mitzuregieren“ — sagte in der Nationalversammlung Reichsanwalt Müller. Fast gleichzeitig hat sein Genosse, der preuß. Ministerpräsident Brauns (bisher Landwirtschaftsminister) behufs Organisierung des Landarbeiterstreiks den Gewerkschaftskommissionen zugesichert, den Kommandostellen der Polizei, die selbst gewerkschaftlich organisiert werden solle, werden Vertrauensmänner der Gewerkschaften beigegeben werden, und zwar als etatmäßig angestellte, also ständige Beamte. Die Polizei ist die ausführende Hand der Staatsgewalt, und soll über der ganzen Bevölkerungsgasse gleichmäßig walten; wird sie unter die Aufsicht einer einzelnen Beobachtungsklasse gestellt, der eben damit die Staatsgewalt selbst sich unterordnet, so ist dies jedoch beileibe keine Nebenregierung. Dem Wortsin nach hat Herr Müller recht, denn eigentlich ist das keine Neben-, sondern eine Ober- oder Ueber-Regierung. Die offensichtliche Tatsache wegzulassen, war von dem Reichsanwalt übrigens auch recht undanbar, denn er selbst verdankt ja sein jetziges Amt gerade der Nebenregierung der Gewerkschaften. Zum Ueberflus wird jetzt vom „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“ ausdrücklich bestätigt, was Herr Müller bestreitet. Auch das „Korr.-Blatt“ stellt sich zwar, als ob eine ungerechtfertigte Aufhebung der Gewerkschaften vorliege, und es läßt sich gleichfalls auf einen Wortstreit ein, in der Sache aber gibt

es den bürgerlichen Koalitionsparteien geradezu brutal zu verstehen, daß auf sie und ihre Rede gar nichts ankomme.

Die „acht Punkte“, welche die Gewerkschaften im Anschluß an den Generalstreik von der Regierung erzwungen haben, sind für das „Korr.-Blatt“ eine „erzwungene Position“, aus der man sich nicht wieder hinausdrängen lassen wird; an den acht Punkten „ist nicht zu denken und zu rütteln“ und an ihrer Durchführung werden die Gewerkschaften „unerschütterlich“ festhalten. „Weber, Drehschleifen“ noch „parlamentarische Debatten“ können die Gewerkschaften davon abbringen. Sie stellen ihre Forderungen auf und „verständigen sich schließlich mit der Regierung“, d. h. tatsächlich: die Regierung muß sich mit ihnen verständigen. Ob sich dann die eine oder andere der politischen Parteien „erf nachträglich anschließt“, ist „unwesentlich“. Finden diese Parteien „solches Zusammentreffen“ „den Grundgedanken der Demokratie mehr entsprechend“, so soll ihnen dies „unbenommen“ sein, einen Einbruch auf die Gewerkschaften können solche „demokratische Strupel“, solche „doktrinären Zwangsleben“ nicht machen. Die republikanische Aktion der Gewerkschaften ist nun einmal notwendig; ob das gewisse bürgerliche Kreise paßt oder nicht, ist den Gewerkschaften „herzlich gleichgültig“. Man las dieser Tage von einem vollen Sieg der Demokratie nach rechts u. links; welche Einschätzung in Wirklichkeit die Demokratie bei den Gewerkschaften genießt, das zeigen die höhnisch protigen Worte des „Korr.-Blatts“.

Die Nebenregierung der Gewerkschaften besteht, sie ist aber ihrerseits nur ein Wettbewerbs-Unternehmen gegenüber einer zweiten Nebenregierung, derjenigen der Linkskadetten. Ihr mittelbarer Einfluß ist, insofern sich die Regierung vom Generalstreik abhängig gemacht hat, ungemein gestiegen, und die Gewerkschaften sind ihnen gegenüber in dieselbe gewisse Abhängigkeit geraten wie der mehrheitssozialistische „Korr.-Blatt“ gegenüber dem Blatt der Unabhängigen, der „Freiheit“. Um sich von den Linkskadetten nicht ganz den Wind aus den Segeln nehmen zu lassen, hat sich Begien als „Wahner und Delinquent zu beschleunigter Republikanisierung und Sozialisierung“ aufgetan. Die sog. verfassungsmäßige Regierung ist dem gegenüber nur noch formale Geschäftsführerin, die Koalition nichts anderes als parlamentarische Bestätigungsmaschine. Die Macht liegt bei den Gewerkschaften und mehr noch bei deren Anführern, den Linkskadetten. Welchen Grad von Wirklichkeit diese Macht zeigen und behalten wird, ob sie nicht auf eine wirkliche Macht stoßen wird, davon hängen die weiteren Schicksale Deutschlands ab. Seit langem hat von nichts so Entsetzliches gesehen, als das Boci des Korvoitenanitäts Eshbard: „Die Macht besitzt in erster Linie das Militär; als Vollzugsgewalt der Regierung“, wobei er wohl an eine Regierung denkt, die diesen Namen auch wirklich verdient.

### Dr. Geylers neue Garde.

München, 24. April. Der Reichswehrminister Dr. Geyler hielt gestern abend bei der Deutschen demokratischen Partei einen Vortrag über die Haltung der Regierung und die politische Lage seit dem Rapp-Putsch. Dr. Geyler betonte mit allem Nachdruck, daß sich die Reichsregierung in keinem Stadium irgend einem Druck von rechts noch von links gebeugt habe. Es geht nach rechts und links auf Biegen oder Brechen. Deutschland muß aus dem Putschismus heraus, wegen die Arbeiterschaft kann nicht mehr regiert werden. Das bedingt aber, daß die Arbeiterschaft erkenne, daß sie ohne die aufbauende Kraft des Bürgertums verloren ist. Wenn jetzt behauptet wird, daß es ein rotes Gardekorps bilden will, so stimmt das nicht. Ich will aus allen Kontingenten der Reichswehr eine Brigade schaffen, die unbedingt gehorcht, wenn es gilt, die Verfassung zu festigen. Organisierte Arbeiter werden in dieser Brigade nicht sein.

Berlin, 24. April. Von zuständiger Seite hören wir über die Bildung der sogenannten „Brigade Döberitz“. Es handelt sich um die Aufstellung einer Formation, die am ehesten mit dem früheren Infanterie-Regiment 10 zu vergleichen ist. Die Brigade soll aus sämtlichen Reichswehrformationen zusammengesetzt werden und aus völlig ausgebildeten Leuten bestehen, um ihre jederzeitige Verwendungsbereitschaft sicherzustellen.

### Ein Schiedsgerichtshof in Raumburg.

Berlin, 22. April. Nach Artikel 304 des Friedensvertrags ist zwischen Deutschland u. jeder der alliierten u. assoziierten Mächte ein gemischter Schiedsgerichtshof zu bilden, der im wesentlichen zuständig ist für Streitigkeiten über Vorkriegsschulden und Vorkriegsverträge, für Entschädigungsforderungen von Angehörigen der alliierten und assoziierten Mächte wegen ihrer von deutschen Kriegsmahnahmen betroffenen Privatrechte, sowie für bestimmte Streitigkeiten auf dem Gebiete der gewerblichen Schutzrechte. Ein solcher Schiedsgerichtshof ist bisher nur zwischen Deutschland und Frankreich eingesetzt worden und besteht aus 4 Abteilungen mit je einem deutschen und einem französischen Richter und einem neutralen Vorsitzenden. Er und sein dänisches Büro ist in Paris. Dieser Schiedsgerichtshof hat eine sehr eingehende Prozedurordnung erlassen, die durch Bekanntmachung des Reichsministers des Auswärtigen vom 17. April (Reichsgesetzblatt Nr. 77 vom 20. April) veröffentlicht wurde. Die deutsche Partei hat demnach in der Klage oder Klageantwortung eine Zustellungsstelle in Paris zu bezeichnen. Als solche kann die deutsche Geschäftsstelle des Amtes für private Güter, Rechte und Interessen in Frankreich, Paris, Avenue de la Bourdonnais 50, benannt werden. Zum deutschen Staatsvertreter ist der Ministerialdirektor z. D. Wirtl, Geh. Rat Rechtsanwält beim Oberlandesgericht in Raumburg a. S. Dr. Johannes ernannt worden. Er wird seine Tätigkeit zunächst in Raumburg ausüben und ist in der Lage über alle einschlägigen Fragen Auskunft zu erteilen.

### Das Militärversorgungsgesetz.

Nach der Regierungsvorlage soll jährlich gewährt werden: an Grundrente und Schwerbeschädigtenzulage bei einer Rückdeckung der Erwerbsfähigkeit

Grundrente  
um 20 v. H. 480 M  
um 30 v. H. 720 M  
um 40 v. H. 960 M  
um 50 v. H. 1200 M und 120 M Schwerbeschädigtenzulage  
um 60 v. H. 1440 M und 240 M Schwerbeschädigtenzulage

um 70 v. H. 1680 M und 360 M Schwerbeschädigtenzulage  
um 80 v. H. 1920 M und 480 M Schwerbeschädigtenzulage  
um 90 v. H. 2160 M und 600 M Schwerbeschädigtenzulage  
bei Erwerbsunfähigkeit 2400 M Grundrente und 720 M Schwerbeschädigtenzulage. Die vorstehenden Hundertsätze stellen Durchschnittssätze dar; eine um 5 vom Hundert geringere Minderung der Erwerbsunfähigkeit wird von ihnen umfasst. Wer in seiner Erwerbsfähigkeit um mehr als 90 vom Hundert beeinträchtigt ist, gilt als erwerbsunfähig.

Im sozialpolitischen Anschlag der Rationalisierungsmaßnahmen haben alle Parteien Anträge auf Erhöhung der Grundrente eingebracht. Die Rehrtragssätze stellen sich auf 1 bis 2 1/2 Milliarden gegenüber der Regierungsvorlage.

Unterstaatssekretär Mordet erklärte namens des Finanzministeriums, daß eine derartige Mehrbelastung für das Reich unerschwinglich sei. Schließlich wurde aber doch der Antrag auf eine Mehrtragssätze von 1,02 Milliarden unter der Voraussetzung angenommen, daß die Fraktionen unter Berücksichtigung der Regierungsvorlage dazu Stellung nehmen.

Nach § 28 soll eine Ausgleichsrente neben der Grundrente gewährt werden, wenn der Beschäftigte vor dem Eintritt in den Militärdienst einen Beruf ausübt, bei der erhebliche Kenntnisse und Fähigkeiten erforderlich sind. Die Ausgleichszulage beträgt ein Viertel bis zur Hälfte der Rente.

## Württembergische Politik.

### Das neue Landtagswahlgesetz.

Stuttgart, 23. April. Der Entwurf eines Landtagswahlgesetzes liegt nunmehr vor. Die wesentlichen Bestimmungen sind folgende:

In 24 Wahlkreisen Württembergs sind 101 Abgeordnete im Wege der Verhältniswahl zu wählen. Die Abgeordnetensitze sollen verteilt werden nach dem Verhältnis der im ganzen Land für die einzelnen Parteien insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen. In den einzelnen Wahlkreisen werden Kreisvorschlagslisten aufgestellt, die allein die Grundlage der Abstimmung bilden. Die Summe der im ganzen Land auf alle Kreisvorschlagslisten abgegebenen gültigen Stimmen, geteilt durch die 101 Abgeordnetensitze, ergibt die Verteilungszahl (Wahlzahl). Jede Kreisvorschlagsliste, die die Wahlzahl oder ein Mehrteses an Stimmen erreicht hat, erhält die entsprechende Anzahl von Sitzen zugeteilt. Jede Partei wird damit rechnen können, in den einzelnen Wahlkreisen einen, höchstens zwei Abgeordnete darzubringen, mit Ausnahme von Stuttgart-Stadt. Die Größe der Wahlkreise ist durchschnittlich auf 100 000 Einwohner bemessen. Die Zusammenlegung ist nach geographischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt. Die Bewertung der bei der ersten Sitzverteilung auf die Kreisvorschlagslisten verbliebenen Reststimmen erfolgt auf dem Weg über Landesvorschlagslisten. Während die Kreisvorschlagslisten bis zu 6 (Stuttgart bis zu 18) Bewerber enthalten dürfen, können auf der Landesvorschlagsliste beliebig viele Bewerber stehen, denn diese Liste dient nur zur Bewertung der Reststimmen. Werden die verbleibenden Sitze durch die Verteilung nach dem Kreiswahlergebnis nicht erschöpft, so sollen die letzten hierbei verbliebenen Restzahlen zu Die Wahlvorschlagslisten müssen 12 Tage vor dem Wahltag eingereicht werden. Jeder Wähler hat eine Stimme. Die amtlich hergestellten Stimmzettel können nur unverändert abgegeben werden. Die Streichung oder Verfüllung von Namen wird nicht beachtet. Die Kosten der örtlichen Vorbereitung und Durchführung der Wahlen sind von den Gemeindefürtragern zu tragen. Bemerkenswert ist noch, daß die bei der Reststimmenverteilung zu verbleibenden Sitze nicht ausschließlich den Landesvorschlagslisten zuzufallen, sondern zur Hälfte auf die an sie angeschlossenen Kreisvorschlagslisten wieder zurückübertragen werden. Die einzelnen Wahlkreise sind: 1) Stuttgart (Stadtbezirk) 309 197 Einwohner, 2) Oberamt Ultingen u. Gaisstätt 94 910 E., 3) Stuttgart-Kant und Oberamt Böblingen und Leonberg 125 570 E., 4) Oberamt Ludwigsburg und Marbach 98 040 E., 5) Oberamt Balingen, Brackenheim, Rammstein u. Waiblingen/Eng 104 018 E., 6) Oberamt Heilbronn u. Neckarstein 113 194 E., 7) Oberamt Hall, Künzelsau, Wehringen und Weinsberg 408 219 E., 8) Crailsheim, Gerabronn u. Mergheim 83 080 E., 9) Badnang, Gaildorf u. Waiblingen 83 949 E., 10) Koken, Ellmangen und Aeresheim 89 742 E., 11) Gmünd, Schorndorf u. Belzheim 94 973 E., 12) Göppingen u. Weilsbach 103 449 E., 13) Nürtingen, Kirchheim und Urach 99 847 E., 14) Reutlingen und Ultingen 84 822 E., 15) Tübingen, Detrenberg und Kottenburg 102 697 E., 16) Calw, Nagold und Neuenbürg 90 036 E., 17) Freudenstadt, Horb u. Oberndorf 96 236 E., 18) Balingen, Spaltingen u. Sulz 84 722 E., 19) Mettwil und Tübingen 84 955 E., 20) Ulm u. Heidenheim 125 941 E., 21) Eßlingen, Hohenheim und Laupheim 80 301 E., 22) Biberach, Saulgau und Riedlingen 97 078 E., 23) Ravensburg und Tettnang 84 615 E., 24) Waldsee, Deutsch und Wangen 86 580 E.

### Der Zusammentritt des Landtags.

Stuttgart, 24. April. Die nächste Sessung des Landtags ist nun auf Donnerstag, den 29. April, nachmittags 4 Uhr hinausgeschoben worden. Auf der Tagesordnung steht eine Anfrage des Abg. Fiegler (USP), der mündliche Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über die Abänderung der Geschäftsordnung und die 1. und 2. Lesung des 15. Nachtrags.

### Der Landtagsabgeordnete Karl Verrath.

Mitglied der Fraktion des Württ. Bauern- u. Weingärtnerbundes und Landwirt in Jagstheim, ist im Alter von 40 Jahren nach längerem Leiden gestorben.

### Verraths Nachfolger.

Stuttgart, 24. April. Der in seiner Heimat Jagstheim O.R. Crailsheim verstorbenen Abgeordnete Karl Verrath gehört dem württ. Landtag seit 1912 an. Sein Nachfolger im Mandat zur Landesversammlung ist der Landwirt Wilh. Dingler von Calw. Da man aber vor Remobilien steht, kommt die praktische Ausübung des Mandats kaum noch in Frage.

### Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses.

Stuttgart, 23. April. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Landtags nahm am Donnerstag seine Sitzungen wieder auf, um die allgemeinen Ernährungs- und Wirtschaftsfragen, wie sie in den Anträgen der Parteien niedergelegt sind, zu

Digitenzulage  
Digitenzulage  
Digitenzulage  
und 720 M.  
Hunderterte  
Hundert ge  
d von ihnen  
mehr als 90  
unfähig.  
Verkaufung  
Grundrente  
1 bis 2 1/2  
des Finanz  
das Reich  
der Antrag  
der Vor  
Bericht  
nehmen.  
der Grund  
dem Eintritt  
der erhebliche  
gleichzulage

Landtags  
Bestim  
Abgeordnete  
geordnet  
er in gan  
abgegeben  
werden  
undlage der  
Band auf  
immer, ge  
Verteilung  
die Wahlzahl  
die ent  
bietet wird  
einen,  
Ausnahme  
ist durch  
Zusammen  
den Geschäfts  
den Schoer  
Restriktionen  
Während  
zu 18) Pr  
Voranschlag  
ste dient nur  
verfügbar  
gebnis nicht  
Rechtsab  
im Wahltag  
nahme. Die  
unverändert  
igung von  
lichen Vor  
den Ge

bei der  
ausführe  
zur Hälfte  
ten wer  
freie sind:  
Einwohner,  
Stuttgart  
125 570 S.,  
5) Ober  
hingen/Eng  
113 194 S.,  
Weinsberg  
heim 83 080  
10) Koln,  
Schorn  
Weisbaden  
99 847 S.,  
Tübingen,  
W. Ragold  
u. Obern  
84 722 S.,  
u. Heiden  
Laupheim  
97 078 S.,  
Hofe, Reut-

ung des  
April, nach  
Tagesord  
N.S.B.), der  
s über die  
2. Befug  
eingetret  
von 40 Jah

Agstheim  
Bercht  
Nachfolger  
wird Wilh.  
Renwahlen  
abats kann  
ffes.  
e Aussch  
gen wieder  
schäftigen,  
gt sind, zu

beraten. Ein Vertreter des Bauernbundes begründete den Antrag auf Abschaffung der Zwangswirtschaft. Sie sei die Ursache der Unzulieferbarkeit auf dem Lande. Höchstpreise seien undurchführbar, der freie Markt wirke regulierend. Die Versorgung der Verbraucher werde durch die Befreiung der Zwangswirtschaft besser, allerdings auch teurer. Ernährungsminister Graf gab sehr eingehende Darlegungen über die Ernährungslage. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sei nie schwieriger gewesen als jetzt. Die Ablieferung von Lebensmitteln seitens der Landwirte habe nachgelassen, auch würden weniger lebensnotwendige Pflanzen angebaut. Dies sei auf die Agitation von gewisser Seite zurückzuführen. Die Viehhaltung an die Feinde habe die Ernährung noch weiter erschwert. Eine dauernde Senkung der Lebensmittelpreise durch Reichszuschüsse sei unmöglich. In der Lebensmittelversorgung sei Württemberg auf die Zinsleistungen vom Reich angewiesen. Bis 15 März wurden im Lande 500 000 Doppelzentner Getreide abgeliefert, beim Reich habe man noch ein Guthaben von 24 000 Doppelzentnern. Gerste könne nicht mehr für Kaffeezwecke freigegeben werden. Der Minister empfiehlt hierfür die Verwendung von Erbsen, die frei bewirtschaftet werden. Die Brennerien haben nur 5% des Lieferungsfolks erhalten. An Kartoffeln seien 650 000 Zentner nach dem Verteilungsschlüssel des Reiches zu wenig geliefert worden. Die Milchlieferung habe sich gebessert, die Fleischversorgung sich verschlechtert und werde vor dem Herbst nicht besser werden. Auch die Zuckeransichten sind trübselig. Eine Monatsration an Zucker müsse möglicherweise ausfallen. Der Reichswirtschaftsminister habe den Marincladefabrikanten 1 Million Zentner Zucker zugewiesen, aber noch sei Vorrat vom Jahre 1918 vorhanden. Der Minister habe in Berlin dringend gebeten, Zucker statt Narmelade zuzulassen. Es sei keine Aussicht auf Erfüllung dieses württembergischen Wunsches vorhanden. Für Einfuhr fehlen die Zahlungsmittel. Die Zwangswirtschaft könne gegenwärtig unmöglich aufgehoben werden. Einen Weg, wie die Bevölkerung bei Aufhebung der Zwangswirtschaft die Lebensmittel austreiben solle, hätten der Bauernbund und die Bürgerpartei nicht gezeigt. Die Kosten der Lebenshaltung würden bei freier Wirtschaft pro Tag und Person auf 25 M. steigen. Die Preisbildung beim Getreide bilde ein Beispiel für freie Wirtschaft. Auch die Genossenschaftlichen können keine Garantie für gute Ablieferung geben. Der Minister bittet deshalb, die Anträge des Bauernbundes nach Aufhebung der Zwangswirtschaft, abzulehnen. Die Vertreter der Deutschen demokratischen und sozialdemokratischen, sowie der Zentrumspartei sprachen sich gegen die Anträge des Bauernbundes auf Aufhebung der Zwangswirtschaft aus. Auch die U.S.B. stimmte dem bei. Ein Antrag der Regierungsparteien zu den wirtschaftlichen Fragen wird am Freitag zur Beförderung kommen.

**Der württ. Mittelstandsbund**  
Der 35 Personen zu Mitgliedern zählt, hat an die Nationalversammlung einen Protest gerichtet gegen die Erhöhung der Telephon- und Postgebühren, die den gesamten Mittelstand verunsichert treffen müsse. Uebertarife der öffentlichen Verkehrsanstalten würden einen Rückschritt bedeuten, die Schwierigkeiten vermehren und außerdem Handel und Gewerbe vernichten. Wenn die Tarifserhöhung durchgehe, so bleibe für den gesamten Mittelstand nur noch der Steuerstreif übrig, der automatisch eintreten werde.

**Von der Landwirtschaftskammer.**  
Stuttgart, 22. April. Die Tagung der Landwirtschaftskammer, die am 28. ds. Mts. beginnt und zwei bis drei Sitzungen in Anspruch nimmt, wird sich mit folgenden Gegenständen beschäftigen: Beratung des Entwurfs einer Geschäftsordnung für die Kammer, Festlegung des Tätigkeitsgebietes und Ankauf eines Hauses für die Kammer, Uebernahme des württ. Landwirtschaftlichen Wochenblatts, Festlegung der Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Kammer, Beratung des Haushaltsplanes für 1920, Aufbringung der Geldmittel bis zum Einzug der Umlage, Zuwahl weiterer Mitglieder in die Landwirtschaftskammer, Bildung von Ausschüssen, Wahl von fünf Delegierten in den Deutschen Landwirtschaftsrat. Sodann sollen die Fragen der Zwangswirtschaft, der Lieferungsverträge, der Produktionsförderung und die Abgabe von Tieren an Frankreich und Belgien besprochen werden.

**Noch ein Protest.**  
Stuttgart, 22. April. Auch der württ. Handelskammerrat hat gegen die Erhöhung der Post- und Fernsprechgebühren einen entschiedenen Einspruch bei den zuständigen Stellen eingeleitet.

### Aus Stadt und Bezirk.

**Ragold, den 26. April 1920.**  
**Todesfall.** Wie wir schon erst erfahren, ist am 10. April Sanitätsrat Dr. S. Bornig, Stadtsarzt d. L., in Betsheim gestorben. Dr. Bornig hatte während des Krieges zwei Jagorette unter sich u. die Arbeit, die er da in trenneter Pflichterfüllung leistete, dürfte seiner ohnehin angegriffenen Gesundheit den Rest gegeben haben. In Altensteig und Umgebung, wo Dr. Bornig als Arzt und Mensch so sehr geschätzt war und heute noch in bestem Andenken steht, wird man herzlich Anteil an seinem Ableben nehmen. A.d.T.  
**Der Schwarzwaldberein Ragold** hat wieder seine Wanderungen aufgenommen. Gestern veranstaltete er einen ausbelebten Ausflug, der über Mindersbach—Kotfelden—Waldberg—Kühler Berg in mehrstündiger Wanderung wieder heimwärts führte. Das Bestreben der Vereinigung, die Schönheiten unserer engeren Heimat weitesten Kreisen zugänglich zu machen, darf der Sympathie aller Naturfreunde empfohlen werden.

**Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.** Wie uns die Bezirks-Fürsorgestelle mitteilt, haben unglückliche Kinder von Gefallenen oder an Kriegsdienstbeschädigung Verstorbenen, ebenso schuldlos gescheitene Ehefrauen von Gefallenen Anspruch auf fortschreitende Zuwendungen. — 14 Tage Erholungsurlaub für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene von Mitte Mai bis Oktober 1920. Näheres durch die Bez.-Fürsorgestelle.

**Fahrplandänderung.** Von Montag den 26. April 1920 an verkehrt der Personenzug 948, seither Wildbad ab 5.43 vormittags, Pforzheim an 6.40 vormittags, auf der ganzen Strecke 5 Minuten früher.

**Keine Butter nach Berlin.** In der Presse war kürzlich verläutelt worden, Württemberg soll als Gegenmaßnahme gegen unliebsame Verfügungen des Reichs in Ernährungsfragen die Butterablieferung nach Berlin sperren. Von zuständiger Seite wird demgegenüber mitgeteilt, daß schon seit letzten Herbst keine Butter mehr aus Württemberg nach auswärts abgegeben wird.

**Die Teuerung.** Nach einer Verordnung des Reichsernährungsministers beträgt fortan für Malztafeln der Herstellerpreis 666 M. pro Zentner, der Großhändlerpreis 732 M., der Kleinhandelspreis 4.30 M. pro Pfund; für Gerstentafeln der Herstellerpreis 626 M., der Großhändlerpreis 692 M. und der Kleinverkaufspreis 4.30 M. — Die neuen Bierpreise werden nun im Reichsanzeiger veröffentlicht. Sie betragen 130 M. pro hl für Bier mit einem Stammwürzegehalt bis zu 3 1/2% und 180 M. mit einem Gehalt von 3 1/2—4 1/2%, für Erbsbier 127 M. — Der Verband der Senfensabrikanten in Hagen hat die Aufschläge auf seine Grundpreise ab 1. April um 200% auf 500% erhöht. — Die Vereinigung deutscher Ausbrenner in Hagen hat die Grundpreise für das Julaud auf 630 M. und 125% Aufschlag (bisher 100%) erhöht. — Die Gerstenrohstoffabrikanten haben den Salzaufschlag von 80 auf 120% erhöht.

**Brotnot.** Auf Veranlassung der Reichsgetreidestelle werden Teigwarenfabriken, die Nudeln und Makaroni herstellen, stillgelegt, da Mehl nicht mehr geliefert werden könne und die vorhandenen Vorräte zur Brotbereitung verwendet werden müssen.

**Wer ist minderbemittelt?** In Stuttgart wird es häufig zwei Klassen geben, die Notleidenden mit einer Einkommensgrenze von 3500 M. und die Minderbemittelten mit einem Einkommen von höchstens 8000 M. In Heilbronn sind minderbemittelt alleinlebende Personen mit 3200 M. u. Haushaltungen von 2—12 Personen mit einem Einkommen von 38—7800 Mark.

**Vogelgrippe.** Die Staren sind dieses Jahr auffallend spätlich aus dem Süden zurückgekehrt. Während sonst Wald und Flur von diesen geschäftigen Vögeln in großer Zahl belebt wurden, trifft man dieses Jahr nur vereinzelte Exemplare an. Wahrscheinlich sind sie dem Rossenfang in den Südländern zum Opfer gefallen.

**Ein Zeichen der Zeit.** In Ansbach war die Luftdruckmessung dezent ergiebig, daß im vergangenen Jahr die Armentafel auf jeglichen Zuschuß verzichtet konnte; ja, sie hat sogar noch einen Ueberschuß von 10 000 M.

**Eier nach Gewicht.** Der Stadtrat Fürth (Bayern) hat einen Beschluß gefaßt, wonach die von den Hühnerhaltern angelieferten Frischeier vom Kommunalverband mit 70 J bezahlet werden, wenn sie mehr als 35 Gramm wiegen. Eier, die weniger wiegen, werden nur mit 40 J bewertet.

**Der Honigprels.** Schon heute hört man von den beeinträchtigten zu hohen Honigpreisen, bevor überhaupt der Winter weiß, daß er auch ernten kann. Man spricht von 15 M. pro Pfund. Das ist freilich gegen den Friedenspreis das 12fache. Ein Preisverzeichnis für Bienenerzeugnisse belehrt die Jnter, daß eine Beute statt 12 M. heute 185—195 M. kostet, ein Pfund Wachs statt 2 M. 20 M. und daß die so notwendigen Mittelwände im freien Handel von 5 M. des Mio auf 50 M. gestiegen sind. Also leben und leben lassen! Hoffen wir, daß es den Bienen erwidrigt ist, recht viel von dem köstlichen Nahrungsmittel auf den Markt zu bringen.

**Die Kohlennot.** Eine in der Wochenschrift der Handelskammer zu Düsseldorf veröffentlichte Zusammenfassung der den einzelnen Firmen des Bezirks fehlenden Kohlenmengen und der dadurch verursachten Betriebsbeeinträchtigungen zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie sehr die deutsche Industrie unter dem Kohlenmangel leidet, der die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Deutschlands zum Verhängnis Europas außerordentlich behindert. Es wäre zu wünschen, daß derartige Untersuchungen allenthalben angestellt würden, denn die Verhältnisse im Düsseldorf-Judastriebezirk in der unmittelbaren Nähe der Kohlenbergwerke werden ein für die Beurteilung der Gesamtlage noch zu günstiges Bild abgeben.

**Warnung vor Ankauf von Kriegsanleihe.** Zahlreiche Firmen erbieten sich in Zeitungsanzeigen zum Ankauf von Kriegsanleihen und anderen Wertpapieren zu einem Kurs, der den börsenmäßigen weit übersteigt. Da es gänzlich ausgeschlossen ist, daß decarigige Firmen einen höheren Preis zahlen als die Reichsbank, private Bankgeschäfte u. Genossenschaften, so können die Angebote nur auf Täuschung unerfahrener Kreise berechnet sein. Es ist auch bekannt geworden, daß Personen, die sich auf die Anzeigen hin meldden, in bar ein niedrigerer Kaufpreis angeboten wurde, als er z. B. bei der Reichsbank üblich ist, und der Rest in wertlosen Schuldscheinen und Wechseln. Aus diesem Grunde scheint es geboten, die Inhaber von Kriegsanleihebeständen, die diese zu verkaufen gezwungen sind, vor decarigen zweifelhaften Firmen, die in der Regel nur über geringe Geldmittel verfügen, dringend zu warnen.

**Tierleuchstend.** Nach den Berichten der Tierärzte vom 15. April hat die Maul- und Klauenseuche in der ersten Hälfte dieses Monats 96 Gemeinden mit 88 Geflüchten neu befallen. Insgesamt sind 47 Oberämter verheut, am häufigsten der Neckar- und Jagstkreis mit 76 und 79 Gemeinden, dann der Donaukreis mit 45 und der Schwarzwaldbereich in 13 Gemeinden. Am schwersten betroffen zu sein scheint das Oberamt Hall, wo die Seuche in 26 Gemeinden umgeht. — Die Herderlande herrscht in 48 Oberämtern mit 121 Gemeinden, davon neu 5 Gemeinden. Die Schafstube ist in 13 Gemeinden neu aufgetreten.

**Von der Tabaksteuer.** Die Ermäßigung der Tabaksteuer beträgt vom 1. Mai ab bis zum 30. September 1920 für Zigaretten 75% für Zigaretten in den 3 höchsten Steuerklassen 50% und für feingehackten Rauchtabak in den beiden obersten Steuerklassen 20% der vollen Sätze. Die Tabaksteuer für Zigaretten wird jedoch nicht unter den Betrag von 87 M. je 1000 Stück, für feingehackten Rauchtabak nicht unter 32 M. pro Kilo ermäßigt.

**Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.** Dem Reichsamt ist vom Reichsministerium des Innern ein Gesetz entworfen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vorgelegt worden. Demnach sind alle Geschlechtskranken verpflichtet, sich bei einem approbierten Arzt behandeln zu lassen. Sogenannte „Fertbehandlung“ ist verboten. Die zuständige Gesundheitsbehörde kann der Krankheit und ihrer

Weiterverbreitung dringend verdächtige Personen anhalten, sich behandeln zu lassen, sie eventl. auch in ein Krankenhaus bringen. Die bewusste Verhütung der Krankheit, sowie die kurpflegerische Behandlung, ja schon das Anerbieten dazu, ist verboten. Jeder Kranke ist vom Arzt über Wesen und Folgen seiner Krankheit sowie über die damit zusammenhängenden gesetzlichen Vorschriften aufzuklären. Der Arzt ist ferner gehalten, einer der zu errichtenden öffentlichen Beratungsstellen Anzeige zu erstatten, wenn der Patient sich der Behandlung entzieht oder andere besonders gefährdet. Kommt der Kranke den Anweisungen der Beratungsstelle nicht nach, so hat dieser davon der Gesundheitsbehörde zur Ergreifung von Zwangsmassnahmen Kenntnis zu geben. Auf die Uebertretung dieser Vorschriften sind zum Teil sehr hohe Strafen gesetzt. Der Bescheidene sieht auch eine Abänderung des Strafgesetzbuches vor. § 180, auf Grund dessen die Wohnungsvermietung an Prostituierte als Kaputtel bestraft wurde, erhält einen Zusatz, der diese Bestimmung beseitigt. Auch wird § 361 Abs. 6 über das öffentliche Verhalten jener Personen gemildert. Bedenklich ist ein Zusatz zu 184, der das Ausstellen, Ankündigen oder Anpreisen von Mitteln zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten von der nicht in einer Sittlichkeit und Anstand verlegenden Strafbestimmung dieses Paragraphen ausnimmt, soweit es nicht in einer Sittlichkeit und Anstand verlegenden Weise erfolgt.

### Aus dem übrigen Württemberg.

**Tübingen, 23. April.** Ein Zubrang von Studenten zum Sommersemester ist zu verzeichnen, wie es Tübingen noch nicht erlebt hat. Nach einer Mitteilung im Gemeinderat sollen bereits 3600 Anmeldungen vorliegen. Zum erstenmal kam auch eine Gruppe Studierender der schwäbischen Landeskunde aus dem Banat (Ungarn) hier an.

**Reutlingen, 24. April.** Der Reutlinger Generalanzeiger berichtet, daß eine etwa 170 Meter lange, in fünf prächtigen Hallen sich hinziehende, bisher unbekannte Fortsetzung der Rebellhöhle begangen werden kann. Diese neuen Höhlen liegen südwestlich hinter der Rebellhöhle. Ein in westlicher Richtung laufender Gang konnte noch nicht auf seine ganze Länge untersucht werden. Er wird auf 50 Meter geschätzt. Die Höhlen besitzen sehr schöne Tropfsteinbildungen.

**Schramberg, 23. April.** Am Donnerstag traf hier eine Abordnung der interalliierten Kommission aus Stuttgart ein. Sie besteht aus zwei deutschen und zwei französischen Offizieren und hat die Aufgabe, die hiesigen Firmen (Gebr. Junghans und Hamburg-Amerikanische Warenfabrik) auf Abrüstung zu kontrollieren.

**Von der Eng, 24. April.** Der Tote, der im Wald bei Huchenfeld Pforzheim erschossen gefunden wurde, ist jetzt erkannt. Es ist der 20jährige Kaufmann Max Orens von Pforzheim. Der 20jährige Kaufmann Karl Weislogel, der sich am selben Tag auch im Wald bei Pforzheim erschoss, verübte diese Tat, weil er die Einreise Erlaubnis ohne eine Stellung in Tokio vom japanischen Konsul in München nicht erhielt, nachdem er dessen Zustimmung zurückgewiesen hatte, im Kriegsfall sich dem japanischen Heer zur Verfügung zu stellen.

**Stengen a. Br., 23. April.** Dem Landwirt Joseph Bühale im nahe Böschingen wurde zum zweitenmal ein 1 1/2 Zentner schweres Schwein aus dem Stall gestohlen. In einem benachbarten bayerischen Ort haben Diebe aus dem verschlossenen Stall des Bauern Leonhard Kreis-Obermedlingen ein Schwein im Gewicht von etwa 1/2 Ztr. geraubt.

**Stuttgart, 23. April.** Die Vereinigten Gewerkschaften erlassen einen Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft zur Arbeitsruhe am 1. Mai. Eine einheitliche Maifeier wie in früheren Jahren sei leider infolge der Spaltung der Arbeiterschaft nicht möglich. Die Kundgebung soll dem Arbeiterschutze, dem Völkertreden und der Gleichberechtigung aller Menschen gelten. Nur die lebensnotwendigen Betriebe sollen offen gehalten werden.

**Stuttgart, 22. April.** Im März d. Js. wurden auf den württ. Staatsbahnen 6 233 000 Personen u. 1 229 065 Tonnen Güter befördert. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr erbrachten 9 225 000 M. aus dem Güterverkehr 24 958 000 M. seit 1. April v. J. im ganzen 197 852 000 M.

**Sulz, 22. April.** Die mech. Baumwollspinn- u. Weberei Gebrüder Strehle ging am 15. April durch Kauf in den Besitz einer Schweizer Gesellschaft über. Man erwartet, daß der Betrieb bald in verstärktem Umfang wieder aufgenommen wird.

**Von der Eng, 20. April.** Der 20jährige Kaufmann Karl Weislogel hat sich auf dem bekannten Bächenbrunnen Aussichtsturm bei Pforzheim, einem beliebten Selbstmordplatz, erschossen, nachdem er seinen Freunden telefonisch dieses Vorhaben nach Pforzheim angedeutet hatte. Ferner hat sich in einem Wald bei Pforzheim, nicht weit von Huchenfeld, ein 18—20-jähriger Unbekannter erschossen. Er ist 1.70 m groß, dunkelblond, bartlos, trug einen blauen Juppenanzug und einen grauen kurzen Heberzieher.

**Wurach, 24. April.** Bei der Kuchholzversteigerung der hiesigen Stadtpflege wurden im allgemeinen so niedrige Angebote gemacht, daß sich die Verkäuferin genötigt sah, zu diesen Angeboten das Holz nicht abzugeben. Es wird ein neuer Verkauf angelegt werden.

**Badenbad, 23. April.** Am letzten Montag, dem Vorabend ihrer Hochzeit, machte in Albersbach ein etwa 30 Jahre altes Mädchen seinem Leben dadurch ein Ende, daß es sich auf der Bühne erhängte. Ueber die Beweggründe zu dieser unglücklichen Tat sind verschiedene Gerüchte im Umlauf, besonders das von einer Abneigung der Angehörigen gegen die Braut.

**Emmangen, 22. April.** Der ganze Jagstkreis wird von der Maul- u. Klauenseuche schwer heimgesucht. In Westhofen fand der Bauer Kumpf, als er morgens seinen Stall betrat, drei Stück Vieh, die am Abend noch gesund waren, verendet vor.

**Vom Oberland, 21. April.** In Soulgau und Ehingen fanden in den letzten Tagen große Bauernversammlungen statt, bei denen Parteisekretär Reuter und Bauernsekretär Martin sprachen. Auf beiden Versammlungen wurde gegen die Bildung einer reinen Arbeiterregierung protestiert und vom bayerischen Staatsrat aus die Bildung besonderer politischer Parteien als Standesvertretung abgelehnt. Befordert wurde die Aufhebung aller Zwangsmassnahmen bezüglich der Güter, des Flaches und Hauses. Die Kriegsgesellschaften



selben sofort aufgehoben, die Belieferung mit Ausfußdägen verbessert, die Ungehorsamsstrafen gegen Bauernverbände gemildert werden. Der Landwirtschaftl. Hauptverband und der Schw. Bauernverein sollten gemeinsam arbeiten, sich nicht gegenseitig bekämpfen und ihre Interessen bei der Regierung gemeinsam vertreten.

**Büchertisch.**

**Das Württ. Reserve-Inf.-Regiment Nr. 120 im Weltkrieg 1914-1918.** Herausgegeben von Oberst S. Pfäfersch.  
Wenig Kriegsschauplätze sind es, auf denen R.-I.-R. 120 nicht gefochten hat. Bei all diesem Ringen zeigte sich im Regiment ein Geist treuer Pflichterfüllung und braver Kameradschaft, auf welche die alten R. 120er mit Stolz zurückblicken können. Die Regimentsgeschichte ist so geschrieben, daß sie für den Offizier interessant, für jeden Soldaten ohne Mühe verständlich ist, kein Lektürewerk, sondern ein Reizbuch, in welchem zwischen dem blutigen Ernst der Harnor nicht fehlt. An Ort und Stelle aufgenommene Bilder und einfache Skizzen veranschaulichen den Text und machen das Buch, das bei G. W. Jaiser, Buchhandlung, Nagold zum Preis von M. 19.20 (in Halbheft geb.) vorrätig ist, zu einem wertvollen Andenken aller Regimentsangehörigen und deren Familien, wie der Angehörigen der Gefallenen und Verwundeten, und für die zahlreichen Gönner, welche sich das Regiment im Lauf des Krieges erworben hat.

**Amtliche Bekanntmachung.**

**An die (Stadt-)Schultheißenämter.**  
Nachdem auch die französische Regierung erklärt hat, daß die in ihrer Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen bis auf eine demnächst noch zum Abtransport kommende Anzahl von Kranken sowie die dem Rückbehaltungsrechte des § 218 unterliegenden gerichtlich verurteilten Kriegsgefangenen, an Deutschland zurückzugeben seien, handelt es sich nunmehr darum, festzustellen, ob sich noch irgendwo deutsche Kriegsgefangene in den ehemaligen feindlichen Staaten befinden.

1902  
In diesen Bezirken werden die Herren Ortsvorsteher veranlaßt, in ihren Gemeindebezirken auf ordentliche Weise folgenden Aufruf bekanntmachen zu lassen:

Kriegsgefangene, die nachweisbar in England, Frankreich, Amerika, Belgien, Italien und Serbien in Kriegsgefangenschaft waren und noch nicht heimgekehrt sind, müssen von ihren Angehörigen sofort dem Ortsvorsteher gemeldet werden mit folgenden Angaben: Namen, Vornamen, Truppenteil, Dienstgrad, Tag und Ort der Gefangennahme, Gefangenennummer, letzte Kriegsgefangenenadresse und Datum der letzten Nachricht des noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen, vorhandene Briefe, die aus der Gefangenschaft herrühren, sind den Meldungen möglichst beizufügen. Es dürfen nur solche Kriegsgefangene gemeldet werden, von denen mindestens eine eigene Nachricht aus der Kriegsgefangenschaft vorliegt, oder die durch eidesstattliche Erklärung eines Kameraden als bestimmt in Kriegsgefangenschaft geraten, bestätigt werden können. In letzterem Falle ist die Adresse dieses Zeugen mitzuteilen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die eingereichten Meldungen sich vorläufig nur auf die in oben genannten Ländern befindlichen Kriegsgefangenen beziehen dürfen. Für die Kriegsgefangenen in Rußland, Rumänien und Japan wird später ein gleicher Aufruf erfolgen.

Die (Stadt-)Schultheißenämter haben, um zeitraubende Rückfragen zu vermeiden, die eingegangenen Meldungen auf ihre Vollständigkeit genauestens zu prüfen und bei ihrer Abfassung den Angehörigen gegebenenfalls an die Hand zu geben. Unvollständige Meldungen und Widersprüche sind sofort durch mündliche Verhandlung aufzuklären bzw. zu berichtigen. Das ganze Material ist an die **Bezirksfürsorgestelle** einzusenden.

Vordrucke für die zu machenden Angaben sind nicht vorhanden, es wird aber angeheimgesendet, der Einheitslichkeit und Uebersichtlichkeit halber solche herzustellen und den Angehörigen zur Verfügung zu stellen.  
Nagold, den 24. April 1920. Oberamt: Mülla.

**Landwirtschaftl. Bezirksverein Nagold.**

Landwirtschaftslehrer W. G. Leuberg, beabsichtigt im im Laufe des Monats Mai im Traubensaal in Nagold einen **eintägigen Kurs**

für ältere Landwirte zu veranstalten. Er wird dabei über **Düngung, Sortenwahl, Bodenbearbeitung** und andere wichtige Fragen sprechen.

1903  
Anmeldungen zu diesem Kurs wollen bis **spätestens 7. Mai ds. Js.** bei dem Vereinssekretär Hauptlehrer Voehringer, Ebhausen, oder bei mir gemacht werden.

Bei genügender Beteiligung wäre Herr W. G. Leuberg, auch an anderen Plätzen des Bezirkes zu sprechen.  
Ebhausen, 24. April 1920.

Vorsitzender: Kleinert.

Reis eingetroffen: 1893

**Drillichanzüge, Englischlederhosen, Feldblusen, Knaben-, Jünglings- und Herrenanzüge von 400 Mk. an** nur so lange Vorrat.

**Fr. Klafz, Nagold.**

**Eier-Abgabe**

am Dienstag, 27. ds. Mts. von 2-4 Uhr für A-K von 4-6 Uhr für L-Z. Auf den Kopf der Versorgungsberechtigten entfallen 5 Eier zu 65 Pfg. per Stück. Die Eier sind sofort nachzuholen, da später kein Ersatz geleistet wird. 1908  
Nagold, 26. 4. 1920.  
Städt. Nahrungsmittelamt.

Eine schwarze 1901

**Brieftasche mit Inhalt verloren.**

Einzusenden gegen gute Belohnung

**Schw. Volksbühne** Stuttgart, Gödberglstr. 50.

**Legte Nachrichten.**

**Der Generalstreik in Elsaß-Lothringen.**

Straßburg, 26. April. Der Sonntag-Nachmittag ist ruhig verlaufen. Es wird berichtet, daß Post-, Telegraphen- und Telefonangestellte die Arbeit heute Montag wieder aufnehmen wollen.

Mülhausen, 26. April. Die Handelsbankangestellten sind neu in den Ausstand getreten. Eine Anzahl Banken mußten schließen. Die Schüler der Stadt und Umgebung streiken ebenfalls. Sie haben die Schulhäuser mit Steindraht umzogen und erklären, dem Beispiel ihrer Eltern folgen zu wollen. In vielen kleineren Städten des Oberrheins ruht die Arbeit vollständig. In Kolmar wird das Ende des Ausstandes für Dienstag früh erwartet.

**Die Forderungen der Bankbeamten.**

Berlin, 26. April. Der Allg. Verband der deutschen Bankbeamten hat in zwei stark besuchten Berliner Versammlungen gestern über die gescheiterten Verhandlungen über den Reichsstarif verhandelt und verlangte das Mitbestimmungsrecht im gesamten Betrieb.

**Verhafteter Kommunistenführer.**

Frankfurt a. M., 26. April. Die Kriminalpolizei nahm gestern den Führer der kommunistischen Arbeiterpartei Deutsch-

lands Ernst Käsig aus Düsseldorf in Schachhaft. Die sich herausstellte, hat sich der Festgenommene den Namen Käsig fälschlich beigelegt. In Wirklichkeit heißt er Winter und ist mit den bekannten Kommunisten aus Duisburg-Hamborn identisch.

**Gegen die Erhöhung des Mehl- und Brotpreises.**

Berlin, 26. April. Der Provinziallandtag von Ostpreußen nahm eine von dem früheren Oberpräsidenten von Bortolotti begründete deutschnationale Resolution gegen die beabsichtigte Erhöhung des Mehl- und Brotpreises an. Die Demokraten stimmten für die Resolution, die Sozialdemokraten und Unabhängigen lehnten sie ab.

**San Remo.**

Paris, 26. April. „Echo de Paris“ berichtet aus San Remo: Ministerpräsident Millerand habe als Zahlungssystem der von Deutschland zugestandenen Entschädigung allmählich steigende Ratenzahlungen für 30 Jahre empfohlen.

San Remo, 26. April. Die Konferenz hat im Prinzip beschlossen, im nächsten Monat deutsche Delegierte nach Belgien zu einer Zusammenkunft mit Vertretern der Alliierten einzuladen, um über die Anwendung der Wiedergutmachungsbestimmungen zu beraten.

Für die Schlichtung verantwortlich: C. M. I. G. e. t. l. Nagold  
Verlag der G. W. Jaiser'schen Buchdruckerei Carl Jaiser Nagold.

**Oberamtsstadt Nagold.**



An Stelle des verbotenen Vieh- und Schweinemarktes findet nächsten **Donnerstag, den 29. d. M.** in Nagold ein allgemeiner **Pferde-**  
**markt**

statt, wozu hiemit eingeladen wird.  
Den 24. April 1920.

1898 **Stadtschultheißenamt: Maier.**

**Gottlieb Beck aus Reullingen**

kommt mit 1905  
**Schuhwaren**  
auf den Markt nach Nagold.

**M o s t s u b s t a n z**

zur Bereitung eines guten, gesunden Getränks

1893 empfiehl  
**Johs. Henne, Küferm., Nagold.**

Für meinen Freibetrieb kaufe ich

**Branntweine aller Art**

und bitte um Angebote mit Muster.

**Hermann Schuler, Karlsruhe i. B.**

31 h Wilhelmstr. 4 a. Fernsprecher 3304.

**Anzeigen**

für den Markt  
wollen frühzeitig aufgegeben werden.

Geschäftsstelle des Gesellschafter.

**S ä c k e**

Einmal gebr. amerik. Mehlsäcke, garantiert lochfrei, per Stück M. 18.—

1a neue Jutesäcke, 2 1/2 Jir. fassen, per Stück M. 30.—, versendet u. Nachnahme H. König, Essingen h. Wafen. 26 m

**Ein sehr gut erhaltenes Klavier**

gut im Ton, ist preiswert abzugeben.

Offerten an den Geschäftsführer unter Nr. 1828.

**Statt Karten!**

**Elisabeth Müller**  
**Karl Maag, Stadtvikar**  
**Verlobte**

Pfarrhaus Oberjesingen Zuffenhausen  
O.A. Herrenberg Herrenberg

April 1920.

**Freie Bezirks-Bäcker-Innung Nagold.**

**Einladung.**

Zwecks Gründung einer Einkaufsgenossenschaft, verbunden mit anderer diesjähriger **Generalversammlung** werden sämtliche Bäckermeister des Bezirkes (auch Nichtinnungsmitglieder) eingeladen auf **Dienstag den 27. d. Mts. in das Gasthaus „Traube“ in Nagold präzis 12 1/2 Uhr mittags.**

Herr Verbandsreferent Schumacher von Stuttgart wird die Gründung vornehmen und einen erklärenden Vortrag dazu halten.

1886  
Im vollzähligen und pünktlichen Erscheinen bittet  
der Vorstand.

**Säcke**

aus Jute, Papiergewebe, Mischgewebe und Kraftpapier

in großen Mengen zu billigen Preisen stets greifbar.

**A. Hannewald**

Säckefabrik

362 | **Stuttgart**

Fernsprecher 7145 und 7146.

1899 **Wittberg.**

Ein gut erhaltenes **Fahrrad** mit Gummi hat abzugeben **Jahob Mager, Mechaniker.**

Verkaufe gut erhaltenen **Photo-Apparat**

(Kamera 9x12. Extra-Rapid-Apparat). 1907

Wer? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Einem oder einige Wagen

**Heu u. Dehm d**

sobald zu kaufen gesucht und leicht Angeboten mit Preisangabe entgegen. 1904

Wer? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Leisen-Zehrpläne**

bei G. W. Jaiser, Nagold.

